

Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik Nr. 29 – 27. September 2007

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik der Fraktion DIE LINKE. übermitteln wir euch aktuelle Informationen zu verschiedenen kommunal relevanten Themen aus EU, Bund, Ländern und Kommunen. Wie immer nehmen wir sehr gern weiterführende Hinweise oder Verbesserungen zur Gestaltung des Kommunal-Newsletters entgegen. Um möglichst Viele zu erreichen, wären wir euch auch dankbar, wenn ihr den Kommunal-Newsletter weiter verschicken oder empfehlen würdet. Bereits erschienene Ausgaben können bei uns angefordert werden.

Mit freundlichen Grüßen
Katrin Kunert (MdB), Petra Brangsch und Manfred Klaus

D i e I n h a l t e

- 1. Bundesweite Konferenzen der Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE.**
- 2. Parlamentarische Initiativen**
- 3. Themen**
 - 3.1. Demokratie**
 - 3.2. Migration und Integration**
 - 3.3. Kommunalfinanzen**
 - 3.4. Daseinsvorsorge**
 - 3.5. Öffentliche Unternehmen**
 - 3.6. Vergaberecht**
 - 3.7. Soziales**
 - 3.8. Umwelt und Verkehr**
 - 3.9. Energie**
 - 3.10. Nachhaltigkeit**
 - 3.11. Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung**
 - 3.12. E-Government**
- 4. Veranstaltungen zu kommunalrelevanten Themen**
- 5. Veröffentlichungen**
- 6. Kontakte**

1. Bundesweite Konferenzen der Partei und Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Wohnungs(bau)genossenschaften in Zeiten des Privatisierungswahns 19. Oktober 2007 von 10.30 bis 17.30 Uhr in Lübeck im Hotel Mövenpick

Ist die Genossenschaft das wohnungspolitische Modell der Zukunft oder Tugend in der Not? Die Linke im Bundestag will mit Kommunal-, Landes- und Bundespolitikern, mit Mitgliedern von Genossenschaften, deren Vorständen, Förderern und Interessensvertretern, Vertretern der Wohnungswirtschaft und einer interessierten Öffentlichkeit über Möglichkeiten, Chancen und Risiken der Wohnungsgenossenschaften in Zeiten der größten Privatisierungswelle öffentlichen Eigentums beraten.

http://www.linksfraktion.de/termin_der_fraktion.php?artikel=1652258726

**Energiepolitischen Konferenz »klima & energie – macht – arbeit«
2. bis 4. November in Hamburg**

DIE LINKE wird gemeinsam mit Expertinnen und Experten, Mitgliedern der Gewerkschafts- und Umweltbewegung, aus globalisierungskritischen und Friedensbewegungen, aus entwicklungspolitischen Organisationen und Verbraucherschutz, aus der Energiewirtschaft und sozialen Initiativen über zukunftsfähige Alternativen diskutieren und konkrete Lösungsansätze unterbreiten.

http://die-linke.de/fileadmin/download/druckvorlagen/071100_flyer_energiepolitische_konferenz.pdf

**Öffentlich, weil's wichtig für alle ist
9. und 10. November 2007 Hannover**

Die Auseinandersetzung mit den Bestrebungen, gerade auch unter dem Druck der EU-Politik immer weitere Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge zu privatisieren und der unmittelbaren Dominanz des Profitprinzips zu unterwerfen, zählt zu den zentralen Politikfeldern der Linken in den nächsten Jahren. Die Linke steht dafür, dass die öffentliche Daseinsvorsorge kein Feld der Profitmaximierung sein darf und kann. Die Partei DIE LINKE. steht dabei nicht allein. Wir wollen unterschiedliche Akteure – Aktivisten lokaler Antiprivatisierungskampagnen, kommunale Vertreter, Verbände, Genossenschaften des "3. Sektors", Gewerkschaften und soziale Initiativen – zusammenbringen. Die neue Linke diskutiert und erarbeitet gemeinsam politische Alternativen.

http://die-linke.de/politik/themen/oeffentlich/konferenz_oeffentlich_weil_s_wichtig_fuer_alle_ist/

Vorankündigung

Bürgermeisterkonferenz am 2. November 2007 in Berlin

2. P a r l a m e n t a r i s c h e I n i t i a t i v e n

Antrag der Linksfraktion – Zwangsverrentung stoppen – Beschäftigungsmöglichkeiten Älterer verbessern

<http://dip.bundestag.de/btd/16/059/1605902.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Wiedereinführung der Lebensstandardsicherung in der gesetzlichen Rente

<http://dip.bundestag.de/btd/16/059/1605903.pdf>

Antrag der Linksfraktion – Entfernungspauschale vollständig anerkennen - Verfassungsmäßigkeit und Steuergerechtigkeit herstellen

<http://dip.bundestag.de/btd/16/063/1606374.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Situation der medizinischen Versorgungszentren

<http://dip.bundestag.de/btd/16/061/1606176.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Bestandsaufnahme der finanzpolitischen Auswirkungen der schrittweisen Rückführung der Solidarität-II-Mittel

<http://dip.bundestag.de/btd/16/062/1606223.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Zukunft des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ (Ganztagsschulprogramm)

<http://dip.bundestag.de/btd/16/062/1606226.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Erwerbsintegration von schwerbehinderten Menschen

<http://dip.bundestag.de/btd/16/062/1606238.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Kostenübernahme für Klassenfahrten gemäß § 23 SGB II

<http://dip.bundestag.de/btd/16/062/1606249.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Antragsbegründung zum ALG II und Sozialgeld nach dem SGB II

<http://dip.bundestag.de/btd/16/062/1606250.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zum Europäisches Jahr der Chancengleichheit aus behindertenpolitischer Sicht

<http://dip.bundestag.de/btd/16/063/1606302.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände an der Erarbeitung von Gesetzesentwürfen und Verordnungen des Bundes

<http://dip.bundestag.de/btd/16/063/1606304.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Erwerbsintegration von schwerbehinderten Menschen

<http://dip.bundestag.de/btd/16/063/1606305.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verbraucherpreisanstieg bei Milchprodukten

<http://dip.bundestag.de/btd/16/062/1606296.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Rolle des Schienennetzes nach einer Kapitalprivatisierung der Bahn AG

<http://dip.bundestag.de/btd/16/063/1606307.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP zur Praxistauglichkeit des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes

<http://dip.bundestag.de/btd/16/063/1606310.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle

<http://dip.bundestag.de/btd/16/063/1606314.pdf>

3. T h e m e n

3.1. Demokratie

Transparenz

Auf kommunaler Ebene stellt sich Korruptionsprävention als „Querschnittsthema“ besonders komplex dar. Einfallstore für Korruption gibt es dort im politischen Bereich, in der Verwaltung und bei der Privatisierung von kommunalen Dienstleistungen. Das Thema Korruption auf kommunaler Ebene hat in den letzten Jahren durch Skandale in Köln (Müllskandal) und Wuppertal (Wohnungsbauskandal) und vielen anderen Städten und Gemeinden verstärkt öffentliche Aufmerksamkeit erlangt. Transparency Deutschland hat dem Thema Korruptionsprävention auf kommunaler Ebene eine eigenen Arbeitsgruppe gewidmet und ein kommunales Integritätssystem (4-Säulen-Modell) entwickelt.

<http://www.transparency.de/Kommunale-Ebene.1059.0.html>

3.2. Migration und Integration

Kommunales Wahlrecht für Drittstaatenangehörige

LAGA NRW und ihre Partner haben am 24. September mit einer Pressekonferenz im Düsseldorfer Landtag die Kampagne „**Hier, wo ich lebe, will ich wählen**“ gestartet haben. Die Pressemitteilungen zum Kampagnenstart und die Möglichkeit zur Unterstützung findet ihr unter:

www.wahlrecht-fuer-migranten.de

Nach der Fraktion DIE LINKE. wird nun auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Anfang Oktober einen Antrag zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatenangehörige in den Bundestag einreichen.

<http://www.netzeitung.de/deutschland/752412.html>

Aus Anlass der Eröffnung der interkulturellen Woche hat die Fraktion DIE LINKE. erneut die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatenangehörige gefordert. Am 24. Oktober 2007 wird es im Bundestag eine Debatte geben.

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1244512639>

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1283196423>

"Zuwanderer müssen die Möglichkeit haben, sich in ihrem persönlichen Lebensumfeld nicht nur zu engagieren, sondern dieses aktiv mitzugestalten. Für die gleichberechtigte Teilhabe am Leben in einer Gemeinde ist die politische Partizipation unerlässlich" so Caritas-Präsident Peter Neher. Aus diesem Grund sollten Migranten das kommunale Wahlrecht erhalten. "Die Bundesregierung muss jetzt, wie im Koalitionsvertrag festgeschrieben, die Frage des kommunalen Wahlrechts für Migranten prüfen und die notwendigen Schritte zur Einführung einleiten" fordert Neher.

<http://www.caritas.de/presse?id=13981&page=1&area=dcv>

Der Rot-Rote Senat hat am 18. September 2007 beschlossen, der Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatenangehörige beizutreten.

<http://www.berlin.de/landespressestelle/archiv/2007/09/18/85461/index.html>

3.3. Kommunalfinanzen

Reform des Gemeindehaushaltsrechts in Mecklenburg-Vorpommern

Das Kabinett Mecklenburg-Vorpommerns hat am 4. September 2007 den Entwurf eines Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts beschlossen und dem Landtag zugeleitet. Mit dem Artikelgesetz sollen Änderungen vorgenommen werden, um das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR-MV) auf der Grundlage eines doppischen Rechnungssystems einzuführen. Für die Umstellung in den Kommunen ist eine Übergangszeit von 2008 bis Ende 2011 vorgesehen.

http://cms.mvnet.de/land-mv/NKHR_prod/NKHR/index.jsp

10 Jahre Neue Steuerungsmodell - eine Bilanz

In den 1990er Jahren sollte das Neue Steuerungsmodell die Verwaltungen grundlegend reformieren: Mehr Bürgernähe, Effizienz und Effektivität waren die Ziele. Eine Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung hat nach über 10 Jahren Bilanz gezogen.

<http://www.kommunale->

[info.de/index.html?/Themenpaketanzeige.asp?ThemenpaketId=1013400](http://www.kommunale-info.de/index.html?/Themenpaketanzeige.asp?ThemenpaketId=1013400)

3.4. Öffentliche Unternehmen

Leitfaden für Mitglieder von Aufsichtsräten in kommunalen Unternehmen

Das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommerns hat einen Leitfaden mit dem Titel:

"Qualifikation, Rechte und Pflichten der Aufsichtsratsmitglieder in kommunalen Unternehmen" herausgegeben. Der Ratgeber soll neben den Aufsichtsratsmitgliedern auch eine Hilfe für die Arbeit ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger in den kommunalen Vertretungen sowie die in den Kommunalverwaltungen arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Beurteilung von kommunalen Belangen in privatrechtlich organisierten Kommunalunternehmen sein.

http://www.im.mv-regierung.de/pages/kommunal/km_arlfd.pdf

3.5. Vergaberecht

Gutachten zeigt Möglichkeiten zur Einhaltung von Sozialstandards

Viele Kommunen verpflichten in öffentlichen Ausschreibungen die Auftragnehmer zur Einhaltung von Sozialstandards. Juristisch bewegen sich die Auftraggeber damit allerdings oft auf dünnem Eis, da solche Vergabekriterien nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig sind. Unmöglich ist der sozial gerechte öffentliche Einkauf deswegen aber nicht.

Mehr dazu unter http://www.nachhaltigkeitsrat.de/aktuell/news/2007/05-09_09

3.6. Soziales

Sozialer Dialog für Aids und Arbeit

Der „Soziale Dialog für AIDS und Arbeit“ ist ein bundesweit einmaliges Modell der Zusammenarbeit zwischen der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen (BA), dem Niedersächsischen Städtetag, dem Niedersächsischen Landkreistag und der Niedersächsischen Aidshilfe. Es hat zum Ziel, die Teilhabe von Menschen mit Aids und anderer chronisch Erkrankter am Erwerbsleben zu erleichtern und Ungleichbehandlungen jeglicher Art auf dem Arbeitsmarkt im Sinne des neuen Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) abzubauen. Der Landesverband NRW und das Land Baden-Württemberg werden diesem Vorbild folgen.
<http://niedersachsen.aidshilfe.de/media/89cd9cf82de8dfe632589971e3d3d4d1.pdf>

3.7. Umwelt und Verkehr

Klimaverträgliche kommunale Fuhrparks

„Kampagne für "kommunalen Fuhrpark-Switch" zeigt wachsendes Klimabewusstsein in den Kommunen - DUH nennt Vorreiter-Kommunen, deren Dienst-Pkw schon heute den CO₂-Zielwert der EU für 2012 unterbieten. Unter allen Großstädten, ...erreicht Wuppertal mit nur 115 g CO₂/km den mit Abstand besten Wert. Bei den kleineren Kommunen unterschreiten mit Blankenfelde-Mahlow (Brandenburg), Mainaschaff, Fürth bei Landshut, Mainburg und Stockheim (alle Bayern) gleich fünf Gemeinden den EU-Zielwert für 2012...“

[http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=1172&tx_ttnews\[backPid\]=84](http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&tx_ttnews[tt_news]=1172&tx_ttnews[backPid]=84)

Unfallforscher warnen vor „Shared-Space-Projekten“ zur Verkehrsberuhigung

Es klingt verlockend: Alle Schilder und Ampeln in den Innenstädten radikal beseitigen, einfache Regeln einführen und gemeinsame Verkehrsräume für Autofahrer, Fußgänger und Radfahrer schaffen. Schon passieren weniger Unfälle und der Verkehr läuft harmonisch im geteilten Straßenraum. „Shared Space“ heißt das Zauberwort, das von der EU europaweit gefördert wird. Auch deutsche Kommunen sehen darin eine Chance für die Neuordnung ihrer Ortskerne. Die Unfallforschung warnt jedoch vor zuviel Euphorie.

http://www.verkehrstechnisches-institut.de/content/aktuell_11.htm

Jahresbericht des Umweltbundesamt

Das Umweltbundesamt (UBA) hat seinen Jahresbericht 2006 veröffentlicht. Er gibt einen Überblick über die Arbeit der Fachbereiche des Amtes und legt in der diesjährigen Ausgabe besondere Schwerpunkte auf den Schutz der biologischen Vielfalt und natürlicher Ressourcen. Unter dem Titel „Ressourcen nutzen - Ressourcen schonen“ zeigt das UBA unter anderem Strategien, mit denen sich die Rohstoffproduktivität erhöhen lässt. Dazu zählt das Amt die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe sowie die Einrichtung von Effizienzcentren, die Verbraucher und Unternehmen beraten, wie sie Energie und Rohstoffe besser nutzen können.

<http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3307.pdf>

3.8. Nachhaltigkeit

Experten überschätzen Mehrkosten für "grüne Gebäude"

Die zusätzlich anfallenden Kosten für „grüne Gebäude“ werden selbst von Experten drastisch überschätzt: Die vermuteten Kosten liegen um bis zu 300 Prozent höher als die tatsächlich anfallenden Belastungen. Gleichzeitig wird der Nutzen energieeffizienter Häuser deutlich unterschätzt. Das ergab eine weltweite Umfrage des World Business Council for Sustainable Development (WBCSD). Nach WBCSD-Angaben schätzten die Umfrageteilnehmer die Material- und Baukosten für zertifizierte, energieeffiziente Gebäude um durchschnittlich 17 Prozent höher ein als die anfallenden Kosten für Normalbauten. Tatsächlich liegt der finanzielle Mehraufwand in entwickelten Ländern bei lediglich fünf Prozent.

Mehr dazu in der englischsprachigen Zusammenfassung der Studie „Energy Efficiency in Buildings“ vom August 2007 unter

<http://www.wbcSD.org/DocRoot/LgTO9cOXAeq991jXcwx0/EEBSummaryReportFINAL.pdf>

3.9. Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung

Grünbuch „Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt“

Im Grünbuch werden die größten Herausforderungen aufgezeigt, die sich im Zusammenhang mit dem Themenkomplex „Mobilität in der Stadt“ stellen. Es ist in fünf Teilaspekten untergliedert:

1. Flüssiger Verkehr in der Stadt
2. Grünere Städte
3. Intelligenterer Nahverkehr
4. Zugänglicher Nahverkehr
5. Sicherer Nahverkehr

Darüber hinaus geht das Grünbuch darauf ein, auf welche Weise die Entstehung einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt gefördert werden kann. Eine weiterführende Debatte über mögliche Handlungsoptionen soll in Gang gesetzt werden. Für interessierte FachpolitikerInnen besteht die Möglichkeit der Mitarbeit.

http://ec.europa.eu/transport/clean/green_paper_urban_transport/index_en.htm

Dokumentation des City-Management-Verbandes Ost

Eine zweiteilige Dokumentation der Frühjahrstagung 2007 des City-Management-Verbandes Ost zum Thema „Events – Stadtentwicklung, Nachhaltigkeit, Image“ steht jetzt zum Download zur Verfügung. Sie beinhaltet u.a Vorträge zur BUGA als Baustein der Stadtentwicklung, zur Vernetzung von Aktionsmöglichkeiten zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements und zur Identitätsstiftung sowie zur Kalkulation und Finanzierung von Events.

[http://www.dssw.de/sv_downl_popup_beschr.php?downl\[id\]=118](http://www.dssw.de/sv_downl_popup_beschr.php?downl[id]=118)

3.10. E-Government

Virtuelles Bürgeramt

Berlin erhielt eine Auszeichnung für die Einführung eines virtuellen Bürgeramtes, das zusätzlich zu den bestehenden 62 Bürgerämtern der Stadt das Serviceangebot der Verwaltung verbessern soll. Ziel ist es, den Bürgern alle relevanten Dienstleistungen und Informationen rund um die Uhr zugänglich zu machen.

„[Virtuelle Bürgerdienste / Online Bürgeramt](#)“

4. V e r a n s t a l t u n g e n z u k o m m u n a l r e l e v a n t e n T h e m e n

8.-9.10.2007

13. Europäischer Verwaltungsreformkongress 2007

Veranstalter: Hochschule Bremen, KGSt, Stadt Bremen, Deutsche Bank, EU

Ort: Bremen

Info: http://www.evrk.de/pdf/13EVK07b_ProgrA4.pdf

12. - 13.10.2007

Bürgermeisterkonferenz

Veranstalter: kommunalpolitisches forum Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Ort: Löcknitz

Info: <http://www.kf-mv.de/pdf/bgmkonferenz07.pdf>

12. - 13.10.2007

Kommunalpolitisches Wochenende

Veranstalter: Kommunalpolitisches Forum Thüringen e.V.

Info: <http://www.kopofor-thuer.de/site/frame.html>

http://www.kopofor-thuer.de/dokumente/2007/Veranstaltungen/einladung_wochenende_07.pdf

18. bis 20. Oktober 2007

Fachkonferenz "UN-Millenniumentwicklungsziele - Kommunale Praxisbeispiele im Dialog"

Veranstalter: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und die Stadt Bonn

Ort: Bonn

Info: <http://www.service-eine-welt.de/home/veranstaltung-331.html>

17. - 19.10.2007

Verwaltungsmodernisierung - Erfahrungen und Perspektiven

Veranstalter: DHV Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften

Ort: Speyer

Infos: <http://www.dhv-speyer.de/Weiterbildung/wbdbdetail.asp?id=368r>
Tagungssekretariat@dhv-speyer.de

20.10.2007

kommunalpolitischer Tag: "Mentale Repräsentation des demografischen Wandels in Brandenburg" Vorstellung einer Studie

Veranstalter: kommunalpolitisches forum Land Brandenburg e.V.

Ort: Potsdam, Potsdam-Hermannswerder, Tagungshotel BlauArt

Info: <http://www.kf-land-brandenburg.de/>

22.10.2007 - 24.10.2007

Chancen und Restriktionen baulicher und kultureller Zwischennutzung brachliegender Flächen und Gebäude

Veranstalter: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

Ort: Berlin

Info: <http://www.difu.de/index.shtml?/seminare/seminarliste.phtml>

8./9. November 2007

Fachkongress „Zukunft Kommunaler Krankenhäuser“

Veranstalter: Deutscher Städtetag und die Stadt Karlsruhe

Ort: Karlsruhe

Info: <http://www.staedtetag.de/10/veranstaltungen/artikel/01770/index.html>

12. bis 14. November 2007

Forum „Kommunen unter Dauerdruck – Wie viele Busse und Bahnen können wir uns noch leisten?“

Veranstalter: Deutscher Städtetag und weitere Verbände

Ort: Dortmund

Info: <http://www.staedtetag.de/10/veranstaltungen/artikel/01786/index.html>

13. November 2007

Kongress zur Zukunft der Städtebauförderung

Veranstalter: Deutscher Städtetag gemeinsam mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, der Bauministerkonferenz (Argebau) und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund

Ort: Berlin

Info: <http://www.staedtetag.de/10/veranstaltungen/artikel/01789/index.html>

22./23. November 2007

6. Jahreskongress Deutscher Wirtschaftsförderer

Veranstalter: Deutscher Städtetag und Berlin Partner GmbH

Ort: Berlin

Info: <http://www.staedtetag.de/10/veranstaltungen/artikel/01751/index.html>

5. Veröffentlichungen

Dr. Marc Schrameyer

Das Verhältnis von Bürgermeister und Gemeindevertretung

2006, 230 Seiten, 15,8 x 23,5 cm, kartoniert

ISBN: 978-3-503-09391-5

Der Autor beschreibt und analysiert in verständlicher, praxisorientierter und wissenschaftlich fundierter Art die kommunale Machtverteilung zwischen Gemeindevertretung und Bürgermeister. Er gibt einen umfassenden Überblick über die Rechtsgrundlagen, den Aufbau und den Inhalt der kommunalen Machtssysteme und berücksichtigt aktuelle Rechtsprechung und Literatur. Zahlreiche Tabellen erleichtern dabei den unmittelbaren Vergleich der Regelungen in den Bundesländern. Das erleichtert die Orientierung und ermöglicht das schnelle Auffinden gesetzlicher Regelungen

6. Kontakte

Katrin Kunert

Kommunal- und sportpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag

Tel.: 030 227 74488

Fax: 030 227 76489

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: katrin.kunert@bundestag.de

Dr. Petra Brangsch

wiss. Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten Katrin Kunert

Tel.: 030 227 74490

Fax: 030 227 76489

Funk: 0172 3124439

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: katrin.kunert.ma02@bundestag.de

Dr. Manfred Klaus

Referent für Regional- und Kommunalpolitik

Tel.: 030 227 55110

Fax: 030 227 56413

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: manfred.klaus@linksfraktion.de

Felicitas Weck

Referentin Bund-Länder-Koordination

Tel.: 030 227 52114

Fax: 030 227 56411

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: felicitas.weck@linksfraktion.de